

1. Internationale Haftbefehle des ICC gegen Netanyahu und Gallant

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) stellte Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant wegen Kriegsverbrechen in Gaza aus.

Frage: *Sollten Ihrer Meinung nach diese Haftbefehle in Deutschland umgesetzt werden, falls sich die betroffenen Personen auf deutschem Boden befinden? Würden Sie eine Verhaftung der genannten Personen unterstützen?*

Lars Hoffmann, Die Linke:

Ich finde die darüber stattfindende Debatte tatsächlich höchst befremdlich, ja gefährlich. Als Linke setzten wir uns seit jeher dafür ein, internationale Organisationen wie die UN zu stärken, um Frieden und Stabilität auf der ganzen Welt zu stärken und damit Konflikte durch verbindliche Rechtsnormen und Verfahren statt durch Gewalt entschieden werden. Dazu gehört auch der Internationale Strafgerichtshof, den Deutschland offiziell anerkennt. Ich sehe schlicht nicht, wo in der Frage der Umsetzung des Haftbefehls ein Verhandlungsspielraum herkommen soll. Wo kommen wir denn hin, wenn wir juristische Entscheidungen nach politischer Opportunität umsetzen?!

Mera25:

Wir stehen entschlossen hinter der Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs und unterstützen jedes Bestreben, welches die Auslieferung im Falle einer Einreise der genannten Personen fordert. Nicht nur durch die juristische Unterordnung Deutschlands unter solche Urteile, sondern auch aus moralpolitischen Gründen ist es unsere Pflicht, den Haftbefehl umzusetzen und die Kriegsverbrechen einzudämmen oder zumindest durch die Androhung der Umsetzung die diplomatische und diskursive Macht des israelischen Staatsapparats einzuschränken.

Jessica Tatti, BSW:

Eine Vollstreckung der Haftbefehle und eine Verhaftung von Benjamin Netanyahu und Yoav Galant durch die deutschen Justizbehörden ist rechtsstaatlich geboten.

MLPD:

Die MLPD unterstützt den berechtigten Haftbefehl, gegen Netanyahu und Gallant und ihre Verhaftung.

Rosa Buss, B90/Grüne:

Als Unterzeichner des Römischen Statuts hat Deutschland die Verpflichtung, internationale Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) zu respektieren und umzusetzen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von der Identität der Beschuldigten und dazu stehe ich mit Überzeugung. Gleiches gilt auch für andere Akteure im Konflikt, einschließlich des Hamas-Anführer Deif,

denen vorgeworfen wird, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

Lina Seitzl, SPD:

Die deutsche Außenpolitik ist dem Völkerrecht und seinen Institutionen verpflichtet und akzeptiert die Arbeit des IStGH in dieser Frage. Die israelischen Behörden können nun selbst Ermittlungen aufnehmen – denn Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs sind nachrangig zu einer nationalen Untersuchung. Israels Generalanwältin Baharav-Miara hat Premier Netanyahu bereits aufgefordert eine staatliche Untersuchungskommission zum Krieg in Gaza einzurichten. Wir haben volles Vertrauen in den israelischen Rechtsstaat. Hinweisen auf mögliche Kriegsverbrechen sollten die israelischen Behörden nachgehen.